Nr. 503 Abend-Ausgabe
B 249

Berlin

Freitag, 24. Oktober 1930
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücksendung unverl. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Das Stadtparlament demonstriert

Der bedeutungslose Böß-Beschluß

Die Rechtsparteien haben sich in schon nicht mehr auffallender Gemeinschaft mit den Kommunisten in der gestrigen Sitzung des Berliner Stadtparlaments einen neiten Scherz geleistet:

Der Antrag zum Fall Böß, dem diese Parteien eine Mehrheit verschafft haben, zerfällt in drei Teile. Im ersten Teil wird das „ungesetzliche Vorgehen des Magistrats" bei der Pensionierung des bisherigen Oberbürgermeisters mißbilligt. Nun hat glücklicherweise die Ueberparlamentarisierung in den Kommunen noch nicht so weit geführt, daß die Leitung der städtischen Verwaltung aus einem derartigen Beschluß irgendwelche Konsequenzen zu ziehen hätte. Es gibt keine Mißtrauensvoten, die den Magistrat oder eines seiner Mitglieder stürzen könnten.

Weiterhin wird der Magistrat ersucht, dem Oberbürgermeister den Pensionsbescheid nicht zu erteilen. Die Deutschnationalen wissen selbstverständlich ebensogut wie die Mitglieder aller andern Fraktionen — der Bürgermeister Scholtz hat es ja neulich in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung erklärt —, daß der Pensionierungsbescheid dem Oberbürgermeister bereits zugestellt worden ist, bevor die Stadtverordnetenversammlung überhaupt Gelegenheit hatte, sich mit der Frage der Pensionierung zu beschäftigen. Aber selbst wenn der Pensionierungsbescheid noch nicht zugestellt worden wäre — die Stadtverordnetenversammlung ist keine vorgesetzte Behörde des Magistrats, und ein „Ersuchen" ist ein Anheimstellen, dem der Magistrat nicht im entferntesten stattzugeben braucht.

Schließlich wird noch verlangt, der Magistrat möge der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zur Beschlußfassung über die Pensionierung des Oberbürgermeisters unterbreiten. Diese Forderung ist nicht nur durch die Vorgänge überholt, sondern widerspricht auch durchaus den Gepflogenheiten, die sich bei der nicht ganz klaren Rechtslage in Berlin eingebürgert haben. Jedenfalls steht der Magistrat mit den Aufsichtsbehörden auf dem Standpunkt, daß lediglich eine Vorlage zur Kenntnisnahme über die Pensionierung eines Magistratsmitgliedes zu machen ist und kann sich dabei auf zahlreiche Kommentatoren und vor allem auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts berufen. Diese Vorlage zur Kenntnisnahme hat der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eingereicht. Sie ist gestern in geheimer Sitzung beraten und — die Kenntnisnahme vertagt worden. Sogar wenn die Stadtverordnetenversammlung sich endgültig weigern sollte, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen, wäre das völlig unerheblich und würde zu keinerlei rechtlichen Konsequenzen hinsichtlich der Pensionierung führen.

Alles, was die radikalen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung zum Fall Böß durchgesetzt haben, ist also völlig gleichgültig. Das wissen die deutschnationalen Antragsteller natürlich ganz genau. Sie und die andern Parteien, die für diese Anträge gestimmt haben, wollten ja auch nicht etwas Sachliches erreichen. Es hätte sich der groteske Fall ereignen können, daß die — seien wir milde — stark umkämpfte Persönlichkeit des Herrn Böß durch die Verweigerung der Pensionierung wieder die Befugnisse eines Oberbürgermeisters von Berlin erhalten hätte. Die Behandlung des Falles Böß im Berliner Stadtparlament war Demagogie und nichts weiter. Man kann nicht gerade sagen, daß derartig unmögliche Debatten und derartig unmögliche Beschlüsse die Autorität des Stadtparlaments bei der Berliner Bevölkerung erhöhen.

S—é.

Berliner Ueberbrückungskredit perfekt

Die von uns heute morgen angekündigten Verhandlungen der Stadt Berlin mit einem Bankkonsortium unter Führung der Preußischen Staatsbank sind abgeschlossen worden. Berlin erhält einen kurzfristigen Kassenkredit von 25 Millionen, der etwa fünf Monate läuft und noch in diesem Monat ausgezahlt wird. Die Tilgung erfolgt in monatlichen Raten, ohne daß spezielle Sicherheiten gestellt werden. Doch hat der Oberpräsident dem Konsortium eine generelle Steuergarantie für den Fall gewährt, daß die Raten nicht eingehalten werden. Ueber den Zinssatz wird Näheres nicht bekanntgegeben, mit der Begründung, es sei nicht üblich, über Kassenkredite solche Angaben zu machen, doch wird uns versichert, daß der Zinssatz verhältnismäßig günstig sei.

Montag Geheimverhandlungen im Metallkonflikt

Paritätischer Unterausschuß eingesetzt

Nach den heute nacht abgebrochenen Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium hat sich ein paritätischer Unterausschuß gebildet, in dem u. a. als Gewerkschaftsvertreter Urich, Eckert, Orthmann und von Arbeitgeberseite von Borsig, Koettgen angehören. Der Unterausschuß tritt am Montag zu seiner ersten Verhandlung zusammen. Alle Mitglieder dieses Ausschusses haben sich zu strengstem Stillschweigen verpflichtet, damit nicht der Gang der Verhandlungen von irgendwelcher Seite her gestört werden könnte.

*

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald reist heute nach Aachen, um als Vertreter der Reichsregierung an der Beisetzung der Opfer der Katastrophe in Alsdorf teilzunehmen.

Preußens Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung

9. Schuljahr, Verbot der Wanderarbeiter, 40stündige Arbeitswoche

Der preußische Ministerpräsident Braun hat gestern in einem Brief dem Reichskanzler die preußischen Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt übermittelt. Es handelt sich dabei zunächst um drei konkret ausgearbeitete Projekte:

1. Die Einführung eines neunten Schuljahres, das die Gemeindeschüler in den Berufs- und Fortbildungsschulen durchmachen sollen. Dadurch sollen 250 000 Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt genommen werden. Die Einstellung neuer Lehrkräfte wäre nicht erforderlich, weil durch den Rückgang der Schülerzahl Lehrkräfte ausreichend verfügbar sind.

2. **Ein Verbot der Wanderarbeiter,** die in keinem Fall mehr zugelassen werden sollen. Diese Maßnahme würde sich gegen etwa 80 000 ausländische Arbeitskräfte richten.

3. Eine Verordnung, wonach keine Arbeiterentlassungen in Betrieben vorgenommen werden dürfen, solange nicht die vierzigstündige Arbeitswoche eingeführt ist.

Ein vierter Vorschlag, der ein Meliorationsprogramm vorsieht, wird im Lauf des heutigen Tags noch der Reichsregierung übermittelt werden.

Diese Vorschläge gehen dahin, diese Maßnahmen auf das ganze Reichsgebiet auszudehnen. Aber die preußische Regierung würde, falls sich eine solche umfassende Maßnahme nicht durchführen ließe, auch bereit sein, für das preußische Gebiet gesondert vorzugehen.

Reichs-Etat 1931

150 Millionen sollen eingespart werden

Das Reichskabinett versammelt sich heute nachmittag, um die Einzel-Etats für 1931 zu beraten und zu verabschieden. Dabei sollen die Ersparnisse von rund 150 Millionen Mark festgelegt werden, die unter allen Umständen gemacht werden müssen.

Der Reichskanzler wird in den nächsten Tagen die Vertreter mehrerer Landesregierungen nach Berlin bitten, um mit ihnen das Finanzprogramm des Reiches in dem gleichen Sinne zu erörtern, wie er es in Stuttgart mit den Vertretern der süddeutschen Freistaaten getan hat. Ende Oktober will Brüning nach Dresden reisen, um auch mit der sächsischen Regierung sich zu verständigen. All diese Besprechungen dienen der Vorbereitung der Beratung im Reichsrat, die Reichskanzler, Reichsfinanzminister und Reichsarbeitsminister durch eine eingehende Darlegung ihrer politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Absichten einleiten wollen.

*

Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichskanzler Dr. Brüning.

Assisi erwartet die Hochzeitsgäste

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Assisi, 24. Oktober

Die stille Stadt des Heiligen Franz hallt wider vom Lärm der letzten Vorbereitungen für die Hochzeit des Königs Boris von Bulgarien mit der Prinzessin Giovanna von Savoyen. Man weiß, daß damals, als nach der Heiligsprechung des Bettelmönchs das Gold aus aller Welt nach Assisi für den Bau der monumentalen Kathedrale strömte, einige der Brüder, die dem Toten am nächsten gestanden waren, sich gegen ein Unternehmen sträubten, das jenen zu beleidigen schien, der mit der Armut vermählt war und auf dem nackten Steinfußboden seiner Zelle seine Seele Gott empfahl.

Als dann sein Leichnam in das prunkende Gotteshaus übergeführt werden sollte, überfielen jene Brüder den feierlichen Zug, raubten den Sarkophag und versteckten ihn so gründlich, daß er erst im neunzehnten Jahrhundert wiedergefunden werden konnte. Wie damals äußere Notwendigkeiten stärker waren, als der Wille dessen, um den es ging, so hat sich auch diesmal die ursprüngliche Absicht, diese Hochzeit, entsprechend dem strengen und stillen Rahmen des Ortes, in einer strengen und stillen Form zu feiern, nicht ganz verwirklichen lassen.

Es ist die Prinzessin Giovanna selbst gewesen, die Assisi gewünscht und durchgesetzt hat. Sie wählte Assisi wegen ihrer inneren Hinneigung zum seraphinischen Heiligen und seiner stillen Art. Sie wollte, daß die Hochzeit von Assisi in strengster Einfachheit vollzogen werde. Staatsrücksichten und höfische Erwägungen haben etwas anderes daraus gemacht.

Alle Vorbereitungen sind nun getroffen, die dunklen, engen Gassen von Assisi flattern von italienischen und bulgarischen Fahnen, die Musikkapellen üben, Soldaten und Polizei ziehen an die ihnen zugewiesenen Plätze, auf dem Bahnhof werden die Wartehallen der Pilger in stoffbeschlagene Empfangssalons verwandelt. Zwei neue Schienenstränge sind hinzugefügt worden, auf denen die beiden Hofzüge des italienischen und des bulgarischen Königs und ihres nächsten Gefolges den Morgen des Sonnabends, des Trauungstages, abwarten werden. Die vier Kilometer lange Straße von der Station bis in die Stadt ist jetzt schon militärisch bewacht. Drei Regimenter werden hier morgen früh Spalier bilden und andere Truppen werden den Weg nach der königlichen Villa Constanzi säumen, wo das Hochzeitsfrühstück eingenommen werden soll. Die engen Gassen der Stadt, durch die sich dann der Zug der hundert dunklen Automobile bewegen wird, die besonders zu diesem Zwecke von den Fiat-Werken zur Verfügung gestellt wurden, gestatten keine Truppenentfaltung.

Die ursprüngliche Absicht, die Trauung in der Unterkirche an dem von der Prinzessin Giovanna bevorzugten Altar vornehmen zu lassen, hat aus einer ganzen Reihe von technischen und Sicherheitsgründen in letzter Stunde wieder aufgegeben werden müssen. Die Zeremonie wird jetzt in der helleren, von Giotto und seinen Schülern ausgemalten, aber weit stimmungsloseren Oberkirche vollzogen werden.

Die Internationale der Bauern

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Prag, 23. Oktober

Vom 29. bis 31. Oktober findet in Prag die Tagung des Internationalen Agrar-Büros statt, dem fast sämtliche europäischen politischen Bauernparteien angehören. Auf dem Programm stehen zwei Hauptpunkte: die landwirtschaftliche Krise und die Paneuropa-Frage. Bisher haben vierzehn europäische Bauernparteien ihre Vertreter nominiert. Dem Kongreß wird der ehemalige Minister Dr. Hodza in Vertretung des Gründers des Internationalen Agrar-Büros Schehla präsidieren.

Der wesentliche Unterschied der Prager Konferenz von den bisherigen Agrarkonferenzen in Bukarest, Sinaja, Warschau und wieder Bukarest besteht darin, daß die genannten Konferenzen der Initiative der beteiligten Regierungen entsprangen, während in Prag die organisierten Bauernparteien vertreten sein werden. Auf den bisherigen Agrarkonferenzen waren mit Ausnahme der Tschechoslowakei reine landwirtschaftliche Exportstaaten vertreten, während in Prag auch die Bauernparteien einer ganzen Reihe von landwirtschaftlichen Importstaaten vertreten sein werden.

0272